

77 Professoren und über 600 Mitunterzeichner verlangen ein Umdenken der Wirtschaftswissenschaften

An die 700 deutschsprachige Studierende und Professoren haben öffentlich ihre Kritik an der Kurzsichtigkeit der modernen Ökonomik kundgetan.

Zwei Monate nach der Ergänzungsveranstaltung des Arbeitskreises Real World Economics in Göttingen haben mittlerweile eine Reihe von Menschen einen offenen Brief mit klaren Forderungen an den einflussreichsten Verband von Wirtschaftswissenschaftlern, den Verein für Socialpolitik (VfS), unterschrieben. Doch die Antwort des Vereins bleibt bisher aus.

Die Krise der Wirtschaft, das Eurozonen- und Schuldendesaster lassen eine Reihe von Wissenschaftlern zum Umdenken bewegen. Auch Klimawandel, Wachstumsproblematik und ökologische Krise fordern eine Neugestaltung auch wirtschaftswissenschaftlicher Herangehensweisen. Die Kritiker wollen ihr Fach in Richtung einer Vielfalt von Theorien und Methoden weiterentwickeln. Institutionelle Zwänge und eine ausschließlich in einem Paradigma arbeitende Denkkultur hindern sie jedoch daran.

Offene Briefe sind so etwas wie der Hipster-Schnauzer der Wirtschaftswissenschaften. Lange waren Sie peinlich und antiquiert, aber plötzlich werden sie wieder modern und cool. Und lange hatte es die Ökonomen-Zunft nicht nötig, sich über so ein profanes Mittel der Gesellschaft mitzuteilen. Nun holt man sie aber wieder heraus, um seinen Missmut über den angeblichen falschen Umgang der Politik mit der Krise, die sich so wenig an ökonomische „Gesetzmäßigkeiten“ halten will, auszudrücken.

Nach dem offenen Brief von Professoren, um den IFO-Präsidenten Hans-Werner Sinn, folgte ein Gegenbrief, um den ehemaligen Chef der Wirtschaftsweisen Bert Rürup sowie ein zweiter Gegenbrief um den VfS-Vorsitzenden Michael Burda.

Doch jetzt setzten eine Reihe von Studierenden und Wissenschaftlern mit einem Brief nach, der es in sich hat. Anstatt jedoch nur zu kritisieren, machen Sie konkrete Forderungen und Vorschläge, wie dieser Krise der Wirtschaftswissenschaft begegnet werden kann. Auf www.plurale-oekonomik.de fordern sie „Theorienvielfalt statt geistiger Monokultur“, „Methodenvielfalt statt angewandter Mathematik“ und „Selbstreflexion statt unhinterfragter, normativer Annahmen“.

Für sie ist es ein Unding, dass Ökonomen, in keinem anderen Fach vorstellbar, mit der Geschichte ihres eigenen Faches nicht in Kontakt kommen sowie nicht einmal Grundlegende Erkenntnisse der Wissenschaftstheorie vermittelt bekommen. Damit sich etwas ändert, muss sich jedoch auch die Berufungspraxis an Universitäten ändern. So folgen zurzeit auf gleichdenkende Wissenschaftler ausschließlich gleichdenkende Nachfolger. Forschungsgelder und Lehrstühle gehen nur an jene, die viele Veröffentlichungen in den Mainstreamjournals vorweisen können. Andere Denkansätze werden somit nicht berücksichtigt.

Das Netzwerk Plurale Ökonomik ist ein seit 2012 bestehender Zusammenschluss von Studierenden und Lehrenden der Wirtschaftswissenschaften im deutschsprachigen Raum.